



**Weltwassertag, 22. März 2006**

### ***Hintergrundinformationen***

Negativ zu bewerten:

- In zahlreichen Ländern sollen Wettbewerbsprinzipien in der Wasserwirtschaft eingeführt und die Wasser- und Abwasserwirtschaft privatisiert werden. Es gibt eine begrenzte Zahl transnationaler Unternehmen im Wassersektor, die sich für mehr private Verträge und die Liberalisierung des Sektors einsetzen. Diese Entwicklungen sind vom EGÖD und der IÖD mit der Hilfe des Forschungsinstituts für öffentliche Dienste PSIRU ([www.psiru.org](http://www.psiru.org)) dokumentiert worden. Wir haben registriert, dass Gewerkschaften und andere soziale Bürgerrechtsgruppen Privatisierungspläne erfolgreich verhindert und entsprechende Pläne sogar wieder rückgängig gemacht haben. In Europa sind die transnationalen Unternehmen immer noch auf dem Vormarsch, das gilt auch für Länder mit einer schwachen Zivilgesellschaft wie China. Vor nicht langer Zeit haben wir auch das Interesse privater Beteiligungskapitalgesellschaften an der Übernahme und Bereitstellung von Wasserversorgungsdienstleistungen registriert, oftmals in Zusammenarbeit mit transnationalen Unternehmen.
- Die Europäische Kommission ist eine Verfechterin der Liberalisierung. Ein Papier zur Einführung von mehr Wettbewerb in der Wasserwirtschaft liegt in der Schublade der Kommission und wartet auf seine Veröffentlichung. Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2006 sieht eine Offensive für die Förderung von Konzessionen und öffentlich-privaten Partnerschaften vor.
- Die von der Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie schließt die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich aus, nicht aber die Abwasserwirtschaft. Die konservative Mehrheit des Binnenmarktausschusses des Europäischen Parlaments hat beschlossen, die Wasserversorgung in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufzunehmen (als Teil der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse). Die Plenartagung des Europäischen Parlaments wird im Februar über die Dienstleistungsrichtlinie abstimmen, danach äußert sich der Ministerrat. Es ist deshalb besonders wichtig, dass wir kontinuierlich Druck ausüben. Eine Aktion wird die EGB-Demonstration am 14. Februar sein. Auch danach müssen wir aber weiterhin wachsam sein.
- Die Europäische Kommission will auch andere Länder und besonders die Entwicklungsländer dazu bewegen, ihre Wasserversorgung dem privaten Sektor zugänglich zu machen. Die anstehenden GATS-Verhandlungen bieten hier den richtigen Rahmen. Es ist ermutigend, dass einige Regierungen wie z. B. die norwegische Regierung klar Stellung bezogen und erklärt haben, dass sie von den Entwicklungsländern keine so genannten Verpflichtungen für die Wasserversorgung und andere öffentliche Dienstleistungen fordern werden. Die Kommission ist aber immer noch die Stimme der 25 Mitgliedsländer und fordert nach wie vor die Privatisierung und Liberalisierung des Wassersektors.

Positiv zu bewerten:

- Der EGÖD und seine Mitgliedsgewerkschaften haben verhindert, dass das Europäische Parlament der Liberalisierung des Wassersektors zustimmt. Wir haben die Kommission bisher davon abgehalten, Rechtsinstrumente



vorzuschlagen, die den Wassersektor liberalisieren würden. Unsere Lobbyarbeit hat Erfolg.

- Der EGÖD arbeitet mit mehreren Wasseraktivisten-Gruppen zusammen und beteiligt sich an der Arbeit von Aktivistennetzwerken. Einige dieser Netzwerke wurden gegründet, um die Wasserversorgung aus dem Katalog der Dienstleistungen zu streichen, die im Rahmen der GATS-Verhandlungen liberalisiert werden sollen. Auch die Öffentlichkeit unterstützt diesen Kampf, denn die meisten BürgerInnen wollen nicht, dass ihre Wasserversorgung von privaten Unternehmen übernommen wird. Lokale Referenden gegen die Wasserprivatisierung wurden in unserem Sinne entschieden.
- In vielen Ländern formieren sich machtvolle Bewegungen, die Wasser als Menschenrecht ansehen und eine Privatisierung kategorisch ausschließen. Das gilt zum Beispiel für die Niederlande und Belgien, siehe auch den Link unten zum allgemeinen Kommentar Nr. 15 des Wirtschafts- und Sozialrates der UN.
- Die aktiv im Sektor tätigen transnationalen Unternehmen (in erster Linie britische und französische Konzerne) haben durch den Widerstand der BürgerInnen bereits Verträge in Ländern außerhalb Europas verloren. Sie konzentrieren sich deshalb jetzt auf den europäischen Markt. Negativ zu bewerten ist, dass sie immer mehr Verträge in Europa abschließen können. Es ist wichtig zu sehen, dass weltweit 95% der Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand sind (in Europa sind es nur 75%, in erster Linie zurückzuführen auf das französische und britische Modell). Die EU hat nicht das Recht, öffentlich-private Partnerschaften in ihrer Entwicklungspolitik zu fördern.
- Die IÖD führt inzwischen eine globale Bewegung an, die im Wassersektor eine Politik für die öffentliche Erbringung dieser Dienstleistungen fordert, dazu gehören auch öffentlich-öffentliche Partnerschaften, öffentliche Finanzierungsmechanismen, die Beteiligung der Gewerkschaften an Entscheidungsprozessen usw. All dies wird im Rahmen des 4. Weltwasserforums in Mexiko mit Unterstützung des Advisory Board on Water des UN-Generalsekretärs präsentiert.

Weitere Informationen unter:

[www.epsu.org/r/38](http://www.epsu.org/r/38)

Links zu einer Reihe von Veröffentlichungen mit kritischen Informationen über Privatisierung und Liberalisierung sowie mögliche Alternativen.

[www.world-psi.org/utilities](http://www.world-psi.org/utilities)

Diese Sektion berichtet über die Arbeit der IÖD im Wassersektor.

[www.psir.org](http://www.psir.org), dann in der Box oben links "PSIRU Reports" anklicken. Ein interessanter Bericht über die Effizienz öffentlicher und privater Wasserversorger findet sich unter <http://www.psir.org/reports/2005-10-W-ffic.doc>, es gibt zahlreiche weitere interessante Dokumente.

**UN-Wirtschafts- und Sozialrat.** Das Recht auf Wasser (gemäß den Artikeln 11 und 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

[http://www.internationalwaterlaw.org/IntlDocs/UNCECSR-General-Comment-right\\_to\\_water.pdf](http://www.internationalwaterlaw.org/IntlDocs/UNCECSR-General-Comment-right_to_water.pdf)